Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1208. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 19,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 216 | Dresden, Donnerstag den 15. September 1921 | 32. Jahrg.

Die deutschnationale Mördergrube

Weitere Verhaftungen

München, 14. September. Bis zum Mittwoch abend sind in [illegible] Ermordung Erzbergers im ganzen zehn Personen verhaftet worden, und zwar neun in München und eine auf der Fahrt von Augsburg nach München. Gegen sämtliche zehn ist Haftbefehl erlassen worden. Außer den von uns bereits namentlich angeführten sieben Verhafteten befinden sich jetzt noch in Haft: Der [illegible] Klinpsch, der Student Wilhelm Bollinger und der Student Karl Siebel. Sämtliche Verhafteten werden demnächst nach Offenburg gebracht, um dort dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden, auch der auf der Fahrt von Augsburg nach München verhaftete Student Bollinger. Die Polizei hatte Kenntnis erhalten, daß Klinpsch den Bollinger in München am Bahnhof erwartet hatte, um ihn zu warnen. Sie nahm den Klinpsch am Bahnhof fest, um jede Verbindung mit Bollinger zu verhindern. Bollinger [illegible] unter der Firma eines Holzverwertungsgeschäftes in der [illegible]straße eine Wohnung von drei Zimmern.

Daß v. Killinger dem Schulz zur Flucht verholfen hat, ist dadurch erwiesen, daß er ihn im Auto zur Bahn brachte. Die badische Polizei ist zurzeit mit der Durchsuchung des beschlagnahmten Gepäcks der Verhafteten beschäftigt. Bei den Haussuchungen wurde auch ein Revolver gefunden. Heute abend traf beim Generalstaatsanwalt ein Schreiben aus Italien ein, das in italienischer Sprache die kurze Mitteilung enthielt: Halten uns in Mailand auf. Der Brief hat keine Unterschrift. Es muß erst untersucht werden, ob es sich um eine Täuschung handelt.

Berlin, 14. September. An die Meldung von der Verhaftung einer Anzahl Personen, die angeblich in Beziehungen zur Ermordung Erzbergers stehen, wird in der Oeffentlichkeit die Behauptung geknüpft, es befänden sich aktive Offiziere der Marine darunter. Das Reichswehrministerium teilt mit, daß keine der verhafteten Personen sich im aktiven Dienst der Reichsmarine befindet. Sollten einzelne von ihnen tatsächlich früher der Marine angehört haben, so sind sie jedenfalls seit längerer Zeit bereits aus dem aktiven Dienste ausgeschieden.

Wer ist's?

Mehrere Blätter melden aus **Potsdam**: Im Bureau des von den Selbstschutzorganisationen der bekannten Justizsekretärs Oppermann erschien gestern abend ein Mann, der Unterstützung und Reisegeld erbat. Er befinde sich auf der Flucht, sei der Leutnant Kurt Hütter und der Mörder Erzbergers. Oppermann benachrichtigte die Polizei. Der Fremde ließ sich ruhig festnehmen.

Berlin, 14. September. Der von der Potsdamer Polizei festgenommene Oberleutnant Hütter ist bereits mehrmals vernommen worden. Man nimmt an, daß er den Namen Hütter zu Unrecht führt und hält es auch für unwahrscheinlich, daß er früherer Offizier gewesen ist. Wahrscheinlich ist die Annahme, daß es sich um einen dem Handwerksstande angehörenden Mann handelt, der offenbar besondere Gründe hat, den Verdacht, der Mörder Erzbergers zu sein, auf sich zu lenken. Vielleicht sucht er sich durch seine Selbstbezichtigung vor einer Verfolgung wegen anderer Straftaten zu schützen. Die Beschreibung, die von dem Mörder vorliegt, paßt auf Hütter keineswegs. Es sollen allerdings gewisse Umstände darauf hindeuten, daß er, wenn er auch nicht der Täter gewesen ist, doch zu einem Kreis von Leuten gehört, die sich mit dem Gedanken einer Beseitigung Erzbergers trugen.

•

Eigene Drahtmeldung

München, 15. September. Die Bemühungen der Münchner und der badischen Staatsanwaltschaftsbeamten wurden weiter fortgesetzt. Man hat herausbekommen, daß die Verschwörerbande unter den Eingeweihten als Organisation D bezeichnet wurde.

•

Oltwig v. Hirschfeld nicht in Freiheit

Berlin, 14. September. Oltwig v. Hirschfeld befindet sich nicht in Freiheit, sondern verbüßt seit dem 10. September weiter seine im Februar über ihn verhängte Strafe. Der neue Haftbefehl wegen Mordverdachts ist aufgehoben worden.

Die Freikorpsgefahr

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 15. September. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages ist heute vormittag gegen 11 Uhr zusammengetreten. Zu Beginn der Sitzung richtete der sozialdemokratische Abg. Müller-Franken an den Reichskanzler die Anfrage, ob der Regierung etwas über die Beteiligung der Deutschnationalen an den Verschwörerzentralen bekannt sei. Reichskanzler Dr. Wirth verwies auf die seinerzeitigen Nachforschungen des preußischen Staatskommissars Weißmann, die ergeben hatten, daß sich die Ehrhardt-Leute im vorigen Jahre in München oder in der Nähe förmlich verschanzt hätten. Auch sei mit einiger Sicherheit festgestellt, daß Ehrhardt im Münchner Polizeipräsidium aus und einging. — Ueber den Stand der Verhandlungen in Bayern sagte der Reichskanzler, daß das derzeitige bayerische Gesamtministerium nicht in der Lage ist, mit der Reichsregierung in Verhandlungen einzutreten. In dieser Angelegenheit ergriff dann der bayerische Gesandte von Preger das Wort.

Der bayerische Gesandte von Preger sagte, daß er die Erklärung im Auftrage des Gesamtministeriums in München abgab. Die Erklärung beziehe sich auf die Verhandlungen wegen der Verordnung des Reichspräsidenten und der Aufhebung des Ausnahmezustandes. Bezüglich der Mitteilungen der Reichskanzlei, die ihm von dem Staatskommissar für öffentliche Ordnung zugegangen seien, müsse er seinem Erstaunen Ausdruck geben, daß diese nicht längst der bayerischen Regierung bekanntgegeben worden sind. Der Justizminister Roth habe ihm erklärt, mit Ehrhardt nichts zu tun zu haben und ihn auch nicht zu kennen. Erst vor wenigen Tagen sei eine Anfrage wegen des Aufenthalts Ehrhardts in München eingegangen. Wenn man behaupte, daß Kahr und Pöhner Ehrhardt unterstützen und begünstigen, so müsse er dieser Ausstreuung entgegentreten. Kahr habe alles aufgeboten, um der Staatsanwaltschaft Hilfe zu leisten. Zu einem Eingreifen der Reichsregierung in München liege kein Anlaß vor. Der deutschnationale Abgeordnete Hergt suchte diese Ausführungen zu bekräftigen.

Nun kam der Reichskanzler Wirth zum Wort und erklärte, es stünden Punkte zur Diskussion, erstens der Belagerungszustand und zweitens die Verordnung des Reichspräsidenten. Die Hinauszögerung dieser Aufhebung des Belagerungszustandes sei unerträglich. Es sei an der bayerischen Regierung, das Erforderliche zu tun.

Der Reichskanzler gab dann bekannt, daß er sich auf die Nachricht hin, dem badischen Generalstaatsanwalt seien Schwierigkeiten in Bayern bereitet worden, mit dem badischen Justizminister in Verbindung gesetzt habe. Der Reichskanzler erzählte dann, er habe wiederholt versucht, auf vertraulichem Wege manches über die Ehrhardt-Leute zu erfahren. Darauf sei vor kurzer Zeit wiederholt zuverlässig mitgeteilt worden, daß nach wie vor Kapitän Ehrhardt und auch die genannten anderen Kapp-Putschführer sich in der Umgegend von München aufhielten. Kapitän Ehrhardt gehe nach diesen ihm mit aller Bestimmtheit gemachten Mitteilungen im Polizeipräsidium ein und aus. Desgleichen stehe er in enger Verbindung mit dem vor einigen Tagen zurückgetretenen Justizminister Roth. Der Oberst Bauer soll nach der gleichen Quelle jetzt in Budapest wohnen. Auch er sei in letzter Zeit wiederholt in München gewesen und dort mit Ehrhardt zusammengetroffen. (Die Verhandlung dauert fort.)

Aussichtsreiche Verständigung mit Bayern

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 15. September. Der amtliche preußische Pressedienst meldet: Am letzten Dienstag hat zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler eine Besprechung über die bayerische Frage stattgefunden, in der der preußische Ministerpräsident dem Reichskanzler hat, mit Bayern auf der Grundlage der bayerischen Vorschläge, vielleicht mit einigen Abänderungen, zu einer Verständigung zu gelangen. Ueber die Beurteilung der gegenwärtigen Gesamtlage und die Verständigungsbereitschaft zwischen Reich und Bayern bestand zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten völlige Uebereinstimmung. Damit ist eine Meldung der München-Augsburger Zeitung dementiert.

Frauen und Parteiprogramm

Von Klara Bohm-Schuch

In der außerordentlich lebhaften Aussprache, welche in der sozialdemokratischen Presse über den Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm bisher stattgefunden hat, haben die Stimmen der Frauen so gut wie ganz gefehlt. Das konnte den Anschein erwecken, als ob die Frauen zu dem Entwurf nichts zu sagen wüßten oder als ob ihnen die Programmfrage überhaupt gleichgültig sei. Beides trifft natürlich nicht zu. Auch unser Leben ist, genau wie das der Männer, unlöslich mit all den Fragen des Staats-, Wirtschafts- und Kulturlebens verbunden, die in dem Programmentwurf berührt werden. Da wir Frauen aber innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gewissermaßen immer die Schar der Gläubigen, Zukunftshoffenden dargestellt haben, so haben wir an der Gestaltung, an der Form unseres Parteiprogramms das größte Interesse. Wir wissen, wie kraus und klar der Weg gezeichnet, wie leuchtend das Ziel zum Sozialismus gewiesen sein muß, wenn unsere [illegible], suchenden — und doch mit brennender Sehnsucht suchenden — Schwestern mit uns kommen sollen. Ja, wegweisend, zielsicher und klar soll unser Parteiprogramm sein. Schlichte und ungesuchte Worte, die von den einfachsten Menschen verstanden werden. Und dennoch muß aus seiner Sprache der Rhythmus der Arbeit und des Lebens klingen — Wucht und Schönheit zugleich. Nicht nur wir Frauen wollen es so, sondern auch die Jungen: unsre so ernst suchenden und ringenden Knaben und Mädchen von heute, die die Männer und Frauen, die Menschheitskämpfer von morgen sind.

Das Erfurter Programm hatte viel von diesem ehernen Klingen; der neue Entwurf hat nichts davon. Nicht in der theoretischen Einleitung, nicht in den Einzelforderungen. Auch das Kulturprogramm, dessen Form manchen Genossen und Genossinnen schön erscheint, hat nichts von der schlichten Klarheit, die allein Schönheit ist. Ich fühle manches spöttische Lächeln und die Frage: „Ist die Form so wichtig?" Jawohl, sie ist es in diesem Fall, denn sie umschließt den Inhalt nicht nur, sie kennzeichnet ihn auch. In der Form unsres Programms wird immer die Klarheit oder Unklarheit, die Einheitlichkeit oder Zerfahrenheit unsrer Bewegung zum Ausdruck kommen.

Bei den Einzelforderungen wird man zunächst die Frage aufwerfen müssen, ob es überhaupt möglich ist, sie in einem Parteiprogramm zu zergliedern. Verneint man die Frage, dann sind der Dinge zuviel genannt; bejaht man sie aber, wie die Kommission es getan hat, dann steht zu wenig darin. Besonders für die Frauen. Nach der Verfassung sind wir staatsbürgerlich den Männern gleichberechtigt, gesellschaftlich sind wir es heute auch nach der Verfassung nur „grundsätzlich." Das heißt, daß die tatsächliche wirtschaftliche und rechtliche Gleichberechtigung der Frau noch erkämpft werden muß. Diese Notwendigkeit sollte im Programm betont werden. Die in Familie und Beruf nach Selbständigkeit und Anerkennung ihres Entwicklungsrechtes ringenden Frauen sollen wissen, daß sie in unsre Reihen gehören, weil die Sozialdemokratie ihren Kampf kämpft. Auch um der Klärung willen in den eigenen Reihen täte es not.

Im sozialpolitischen Teil ist manches für die Frauen gefordert; genug ist es nicht. Wir sollten uns nicht scheuen, für Frauen und Jugendliche den sechsstündigen Arbeitstag zu verlangen. Wie überhaupt in unserem Programm zum Ausdruck kommen müßte, daß die Arbeitslosigkeit in erster Linie durch Verkürzung der Arbeitszeit bekämpft werden muß und daß jeder Mensch das Recht auf Erwerb durch Arbeit hat, die Frau sowohl als der Mann. Die berufstätige Mutter ist viel zu wenig berücksichtigt, und gerade ihre Zahl ist durch den Krieg ungeheuer gestiegen. Beruf und Mutterschaft sind auch im neuen Deutschland noch immer einander feindliche Begriffe, und doch muß die Möglichkeit geschaffen werden, sie zu vereinen. Wenn die Frau sich zu ihrem vollen Persönlichkeitswert entfalten soll zum Wohle der Gesamtheit, muß sie beides sein dürfen: Mutter und Arbeiterin. Mir scheint noch immer die Halbtagsbeschäftigung als der beste Weg. Der Kapitalismus hält ihn für nicht gangbar; kann uns das hindern, ihn zu fordern, wenn wir ihn für gut befinden? Die uneheliche Mutterschaft ist ja nach dem Willen der bürgerlichen Parteien selbst in der Verfassung minderen Rechts. Auf keinem andern Gebiete kommt der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft in seinem unmoralischen Widersinn so zum Ausdruck wie hier. Um so mehr müssen wir Sozialdemokraten für die Anerkennung der Mutterschaftsleistung als solcher uns einsetzen und vor allem im Wirtschaftsleben jede Benachteiligung der ledigen Mutter bekämpfen. Deshalb möchte ich in dem besondern Absatz über die Beamtenforderungen, der dem sozialpolitischen Teil angefügt ist, den letzten Satz so ändern: Freier Zutritt der Beamten beiderlei Geschlechts lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

Die für unser Volk lebenswichtige Frage der Bevölkerungspolitik ist in verschiedenen Abschnitten nur nebenher erwähnt. Wollen und können wir denn wirklich dieses Gebiet übergehen und uns einbilden, wenn wir uns dieser ganzen Not gegenüber blind stellen, so ist sie nicht da? Die Auffassungen in unsrer Partei sind hier nicht klar und einheitlich, aber sind sie es vielleicht in der Sozialisierungs- oder Agrarfrage? Dadurch, daß wir diese Dinge umgehen, sie nicht besprechen, weil sie „heikel" sind — wie mir neulich ein gebildeter Genosse antwortete —, wird keine Klärung, sondern nur mehr Verwirrung und Schaden am Volksganzen herbeigeführt.

Außerordentlich interessiert sind wir als Frauen und Mütter naturgemäß an dem Abschnitt über Kulturpolitik. Ich lehne die Form dieses Teilentwurfs ab.

Erwachen des russischen Außenhandels

Der deutsch-russische Handelsverkehr beginnt reger zu werden. Die Sowjetregierung hat kürzlich in Deutschland 700 Eisenbahnlokomotiven bestellt. Weiter die innerhalb sechs bis sieben Monaten zu liefern sind. Weiter sind, wie das B. T. hört, Aufträge zur Lieferung von Chemikalien, landwirtschaftlichen und andern Maschinen, Eisenbahnschienen usw. im Gesamtwerte von etwa 1½ Milliarden Mark von Rußland in Deutschland erteilt worden. Inzwischen sind auch die ersten Warensendungen aus Rußland eingetroffen. Zwölf Waggons Rauchwaren werden in Kürze in Leipzig zur Auktion gestellt werden. Drei Dampfer Bauholz sind bereits zum Verkauf gebracht, desgleichen größere Mengen Hanf und Flachs. Ein Dampfer mit 1000 Tonnen Asbest wird erwartet. Weiter sind kleinere Sendungen von Därmen eingetroffen.

In letzter Zeit ist den maßgebenden russischen Stellen eine Reihe von Vorschlägen bezüglich der Vergebung von Konzessionen und Kreditübereinkünften von deutschen Firmen und Interessentengruppen zugegangen. Der russische Volkskommissar für Außenhandel Krassin wird im Laufe dieses Monats in Berlin eintreffen. Es sollen in Deutschland weitere große Aufträge zur Lieferung von industriellen Fertigprodukten vergeben werden, vor allem kommen landwirtschaftliche Maschinen und Geräte und weitere Massenartikel des Bauernbedarfs in Betracht, an denen in Rußland großer Mangel herrscht.

•

Wie das sowjetamtliche Wirtschaftsblatt „Ekonomitscheskaja Shisn" meldet, werden in Moskau die Vertreter von österreichischen Genossenschaften erwartet, die ein genossenschaftliches Komitee unter dem Vorsitz von Dr. Renner gebildet haben, zwecks Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit den russischen Genossenschaften; u. a. wollen sie die Naphthaindustrie im Südosten Rußlands in Gemeinschaft mit dem Russischen Zentral-Genossenschaftsverbande (Zentrosojus) in Pacht nehmen. Auch schweizerische Genossenschaften haben dem Zentrosojus Anerbietungen auf Lieferung großer Mengen billiger Uhren zwecks Warenaustausches gemacht. Die tschecho-slowakischen Genossenschaften bieten durch Vermittlung des Internationalen Genossenschaftsbureaus landwirtschaftliche Maschinen für Rußland an. Die „Ekonomitscheskaja Shisn" erwartet von dem jüngsten Baseler Beschluß des Internationalen Genossenschaftsbundes, wonach die Delegierten des Zentrosojus als Vertreter der russischen Genossenschaften anerkannt werden, eine rasche Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den russischen und ausländischen Genossenschaften.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210915/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG